

Protokoll der mitglieder-öffentlichen Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar in Mannheim am Mittwoch, 4. Juni 2025, 16:00 Uhr

**IHK Rhein-Neckar · Haus der Wirtschaft Mannheim
Saal Mannheim · 1. OG · L 1, 2 · 68161 Mannheim**

Tagesordnung

B = Beschluss, I = Information

TOP	Thema	
1	Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers	I
2	Finanzen a) Jahresabschluss und Ergebnisverwendung 2024 b) Bericht der ehrenamtlichen Rechnungsprüferinnen c) Entlastung Präsident und Hauptgeschäftsführer	B I B
3	Zur aktuellen Wirtschaftspolitik – Einschätzungen zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung	I
4	Zur internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik	I
5	Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland – aus Sicht der Jungen Wirtschaft	I
6	IHK-Wahlperiode 2020-2025: Herausforderungen und Höhepunkte	I
7	Aktuelle Viertelstunde der Vollversammlung	I
8	Sonstiges	I

TOP 1 Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Begrüßung

Präsident Schnabel eröffnet die zweite Sitzung der Vollversammlung im Jahr 2025 um 16:05 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Ehrenmitglieder von Präsidium und Vollversammlung sowie die Vorstandsmitglieder und Vertreter der Wirtschaftsjuvenen Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Vollversammlung sind 42 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung wird festgestellt (§ 5 Abs. 4 Satz 1 der Satzung). Im Laufe der Sitzung kommen weitere Mitglieder hinzu.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde fristgerecht per E-Mail am 27. Mai 2025 zugesandt. Gegen die fristgerecht versandte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Aktuelle Themen des Präsidenten

Präsident Schnabel berichtet von der Vortragsveranstaltung mit Prof. Lars Feld zum Thema Wirtschaftspolitik am 8. April 2025. Nach Auffassung des Referenten müsse die Krise als Chance für Veränderungen, insbesondere für strukturelle Reformen, angesehen werden.

Präsident Schnabel erwähnt den Austausch zwischen den Kammern und Verbänden am 26. Mai 2025. Im Zuge dieses Zusammenkommens hätten die Beteiligten die erheblich gestiegenen (Arbeits-)Kosten und die überbordende Regulatorik als Kernprobleme für die Unternehmen identifiziert.

Präsident Schnabel kündigt für den 23. Juli 2025 eine Podiumsdiskussion mit der Bundestagsabgeordneten Isabel Cademartori und Prof. Andrea Römmele von der Hertie School of Business zum Start der neuen Regierung an.

Schließlich berichtet Präsident Schnabel von einem konstruktiven und aufschlussreichen Austausch mit Dr. Alexander von Preen, Präsident des Handelsverbands Deutschland HDE.

TOP 2 Finanzen

- a) Jahresabschluss und Ergebnisverwendung 2024
- b) Bericht der ehrenamtlichen Rechnungsprüferinnen
- c) Entlastung Präsident und Hauptgeschäftsführer

a) Jahresabschluss und Ergebnisverwendung 2024

Mathias Grimm, kaufmännischer IHK-Geschäftsführer, legt den Jahresabschluss und die Ergebnisverwendung für das Wirtschaftsjahr 2024 dar.

Herr Grimm berichtet, dass ein positives Jahresergebnis in Höhe von +13.000 Euro erzielt worden ist. Er legt dar, dass im Wirtschaftsjahr 2024 bei allen Betriebserträgen eine spürbare Verbesserung eingetreten ist und die Summe der Betriebserträge im Wirtschaftsjahr 2024 bei 28,305 Mio. Euro liegt. Er führt aus, dass unter Berücksichtigung des Finanzertrags in Höhe von 2,0 Mio. Euro die Gesamterträge (Betriebserträge + Finanzerträge) 30,3 Mio. Euro betragen und damit erstmals über 30 Mio. Euro liegen.

Der Anstieg der Gebührenerträge auf 4,994 Mio. Euro geht nach Herrn Grimm hauptsächlich auf gesteigerte Gebühreneinnahmen für berufliche Fortbildung, Immobilienmakler und außenwirtschaftliche Bescheinigungen zurück. Die Entgelterträge in Höhe von 2,763 Mio. Euro seien insbesondere auf eine hohe Nachfrage nach den von der IHK Rhein-Neckar angebotenen KI-Weiterbildungen zurückzuführen.

Die Höhe des Betrags der sonstigen betrieblichen Erträge sei auch auf den Sondereffekt zurückzuführen, dass sich der im Jahr 2024 ausgezahlte Förderbetrag für die Modernisierung und Sanierung der Überbetrieblichen Ausbildungswerkstätte (=ÜAB) in Buchen - die Förderung beträgt insgesamt 70 % der anfallenden Kosten - in dieser Position wiederfinde.

Herr Grimm geht auf den Betriebsaufwand in Höhe von 30,064 Mio. Euro im Wirtschaftsjahr 2024 ein. Er nennt drei Gründe für den Anstieg gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2023, nämlich die Erhöhung des Aufwands bei den Honoraren und Abschreibungen, die Erhöhung des Personalaufwands im Zuge einer tariflichen Anpassung des einschlägigen TVöD sowie den um 1,8 Mio. Euro höheren sonstigen betrieblichen Aufwand, der aus einer allgemeinen Preissteigerung, einem gestiegenen Energie- und Instandhaltungsaufwand und der zusätzlichen Bildung von Beitragsrückstellungen resultiere.

Herr Grimm erläutert, dass es im Bereich der IHK-Beiträge einen Rückstellungsbedarf in Höhe von rund 1 Mio. Euro gebe. Dies resultiere daraus, dass Informationen vorlägen, dass bei größeren Beitragszahlern die tatsächlichen Gewerbeerträge aus Vorjahren hinter den erwarteten bzw. der vorläufigen Veranlagung zugrunde liegenden Gewerbeerträgen liegen werden, was in der Konsequenz zu Korrekturen und niedrigeren IHK-Beitragseinnahmen führen werde.

Herr Grimm vergleicht die für das Wirtschaftsjahr 2024 tatsächlich vorliegenden Zahlen (=Ist 2024) mit den für das Wirtschaftsjahr 2024 geplanten Zahlen (=Plan 2024). Die tatsächlichen Erträge hätten mit Ausnahme der Gebühren die geplanten Erträge übertroffen. Der Rückgang

bei den Gebühreneinnahmen sei auf eine geringere Anzahl bei den Ausbildungen und im Bereich Gefahrguttransporte zurückzuführen.

Bei dem Betriebsaufwand sei zwar beim Personalaufwand ein Aufwuchs zu verzeichnen. Dies gelte jedoch nicht in gleichem Ausmaß für den Gehaltsaufwand.

Die Pensionsrückstellungen hätten sich erhöht, weil eine vertragsgemäße Anpassung bei Pensionen und Beihilfen durchgeführt worden sei. Allerdings sei der Höhepunkt bei den Pensionsrückstellungen mittlerweile überschritten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen habe es, wie bereits dargelegt, im Hinblick auf die IHK-Beiträge wegen schlechterer Gewerbeerträge großer Beitragszahler in den Vorjahren einen Rückstellungsbedarf in Höhe von rund 1 Mio. Euro gegeben.

Herr Grimm nennt ein Eigenkapital zum 31. Dezember 2024 in Höhe von insgesamt 23,345 Mio. Euro. Dies entspreche einer Eigenkapital-Quote von rund 46 %. Zusätzlich erläutert Herr Grimm die Bilanzposition Sonderposten auf der Passivseite. Diese betreffe die Investition ÜAB im Anlagevermögen, deren Investitionszuschüsse als Sonderposten erfasst werden. Nach der Fertigstellung werden beide Positionen gleichlaufend abnehmen.

Herr Grimm berichtet, dass der Jahresabschluss 2024 von der Rechnungsprüfungsstelle geprüft worden ist. Als Schwerpunkte dieser Prüfung nennt Herr Grimm zunächst die ordnungsgemäße Durchführung der Gebührenkalkulation und Gebührenerhebung. Hierzu gehören insbesondere, ob die Gebührenordnung formell korrekt und ordnungsgemäß erlassen worden ist, das Kostendeckungsprinzip eingehalten worden ist, ob eine konsistente Kostenrechnung besteht und die Gebühren entsprechend realisiert worden sind. Als weitere Prüfungsschwerpunkte nennt Herr Grimm die Beitragserhebung, d. h. die korrekte Erledigung von Veranlagung, Mahnung, Beitreibung und den ordnungsgemäßen Umgang mit Beitragsrückständen. Daneben hat die Rechnungsprüfung Beschaffungen näher beleuchtet und wegen des Cyber-Angriffs im Jahr 2022 eine umfangreiche IT-Sonderprüfung durchgeführt.

Er könne berichten, dass als Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2024 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden ist.

Fragen aus der Vollversammlung werden keine gestellt.

Herr Grimm leitet zum folgenden Beschlussvorschlag über:

Die Vollversammlung stellt den Jahresabschluss 2024 fest.

Das Ergebnis 2024 in Höhe von 1.185.341,96 Euro wird als Ergebnisvortrag auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig, ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung angenommen.

b) Bericht der ehrenamtlichen Rechnungsprüferinnen

Die beiden ehrenamtlichen Rechnungsprüferinnen Sabine Krauß und Beate Zientek-Strietz informieren über das Ergebnis der Prüfung der Rechnungsprüfungsstelle und ihre eigene Prüfung.

Sie verweisen auf den uneingeschränkt erteilten Bestätigungsvermerk. Sie legen dar, dass es keinerlei Beanstandungen gebe. Es sei ein sehr gutes Ergebnis erzielt worden. Die beiden Rechnungsprüferinnen bedanken sich beim gesamten Team der IHK Rhein-Neckar, insbesondere beim kaufmännischen Geschäftsführer Mathias Grimm für die gute Arbeit.

Aufgrund der Auswertung des Prüfberichts und der Ergebnisse der Abschlussbesprechung geben die beiden Rechnungsprüferinnen Frau Krauß und Frau Zientek-Strietz der Vollversammlung die Empfehlung, Präsident und Hauptgeschäftsführer der IHK Rhein-Neckar zu entlasten.

c) Entlastung Präsident und Hauptgeschäftsführer

Der Beschlussvorschlag lautet:

Die Vollversammlung entlastet gemäß § 11 der Satzung der IHK Rhein-Neckar den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführer.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Stimmenthaltung angenommen.

TOP 3 Zur aktuellen Wirtschaftspolitik – Einschätzungen zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

a) Präsentation der Kaufkraftanalyse im Mannheimer Gemeinderat am 3. Juni 2025

Präsident Schnabel erläutert die Kaufkraftanalyse 2025 der IHK Rhein-Neckar. Diese Kaufkraftanalyse sei Gegenstand einer Pressekonferenz am 3. Juni 2025 gewesen. Auch habe er die Kaufkraftanalyse am 3. Juni 2025 dem gesamten Gemeinderat der Stadt Mannheim präsentieren können, was außergewöhnlich und insoweit eine besondere Anerkennung gewesen sei.

Präsident Schnabel legt zunächst dar, dass das GfK-Konsumklima immer noch schlecht sei, worunter vor allem der Einzelhandel leide. Allerdings sei festzuhalten, dass der Online-Anteil am Einzelhandel bei ca. 13,5 % stagniere und nicht mehr weiter ansteige. Er hebt hervor, dass die dominierenden Gründe für einen Besuch der Mannheimer Innenstadt Einkaufen und Gastronomie seien.

Präsident Schnabel geht auf ausgewählte Kaufkraftbindungsquoten in der Region ein. Während die Kaufkraftbindungsquote für ganz Deutschland bei 87 % liege, weise Mannheim im Jahr

2024 eine Kaufkraftbindungsquote von 121 % auf. Dies bedeute, dass von 121 Euro Umsatz 87 Euro aus Mannheim selbst und 34 Euro aus dem Umland stammten.

Präsident Schnabel erläutert die vier Kennzahlen

- einzelhandelsrelevante Kaufkraft,
- Einzelhandelsumsatz,
- allgemeine Kaufkraft und
- Kaufkraftbindungsquote

für ausgewählte Bezugsräume, insbesondere für das Bundesland Baden-Württemberg, den Gesamtbezirk der IHK Rhein-Neckar, die Städte Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und Mosbach sowie die Landkreise Rhein-Neckar-Kreis sowie Neckar-Odenwald-Kreis.

Im Einzelnen weist Präsident Schnabel insbesondere auf folgende Punkte hin:

- Einkaufen ist und bleibt der wesentliche Grund, eine Innenstadt zu besuchen.
- Weil die Kaufkraftbindungsquote sowohl für Mannheim insgesamt als auch für die Mannheimer Innenstadt (PLZ 68161) im Zeitraum 2019-2024 deutlich zurückgegangen sei, gelte es, wachsam zu sein und konsequent gegenzusteuern.
- Es gehe vor allem darum, gute Rahmenbedingungen für den Einkauf in der Innenstadt zu gewährleisten, wozu Erreichbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit gehörten. Auch sei es wichtig, erfolgreiches Stadtmarketing zu betreiben, um ein positives Lebensgefühl und Einkaufserlebnis sicherzustellen. Das schaffe insbesondere Schwetzingen sehr gut.
- Zwar belegten Standorte im Bereich der IHK Rhein-Neckar immer noch Spitzenpositionen, es gelte aber, die bestehenden Herausforderungen überall anzunehmen und Fehlentwicklungen wie steigendem Leerstand entgegenzuwirken.

Präsident Schnabel legt dar, dass bei einer Standortanalyse die Fragen der Fahrzeit und mögliche Reisezeitverluste große Bedeutung hätten. Die Attraktivität einer Innenstadt sei auch und vor allem von der Verkehrssituation abhängig. Es gehe immer wieder darum, bei den politischen Entscheidungsträgern Kenntnis und Verständnis für wirtschaftliche Entscheidungen herzustellen. Die Politik müsse wissen, wie Wirtschaft denkt und entscheidet.

b) Kommunales Regelbefreiungsgesetz, sonstige aktuelle Themen

Präsident Schnabel erläutert das geplante Kommunale Regelbefreiungsgesetz. Im Kern gehe es darum, dass Städte und Gemeinden im begründeten Einzelfall auf Antrag von landesrechtlichen Regelungen, insbesondere vom Baurecht, Planungsrecht und Umweltrecht abweichen können. Reagiere die Landesregierung nicht innerhalb von drei Monaten, trete eine Genehmigungsfiktion ein, d. h. das geplante Vorhaben gelte dann als genehmigt. Der weitere Fortgang dieser vielversprechenden Gesetzesinitiative bleibe abzuwarten.

Präsident Schnabel fordert die Mitglieder der Vollversammlung auf, im Hinblick auf diese geplante Regelung konkrete mögliche Anwendungsfälle bzw. einschlägige Leuchtturmprojekte mitzuteilen.

Präsident Schnabel geht auf die prognostizierten Steuermindereinnahmen im Zeitkorridor 2024-2029 und die Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen ein. Er empfiehlt in diesem Zusammenhang die Sendung „Markus Lanz“ vom 22. April 2025 mit Jutta Steinruck, Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, und Achim Brötel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises und seit September 2024 Präsident des Deutschen Landkreistages. Den drei Kommunalpolitikern sei es hervorragend gelungen, die finanziellen Herausforderungen und Probleme auf kommunaler Ebene darzulegen. So habe Landrat Brötel richtigerweise gefordert, die Kommunen durch höhere Steuerzuweisungen einfach besser finanziell auszustatten und dafür alle verwaltungsintensiven Sonder- und Förderprogramme für die Kommunen zu streichen.

Präsident Schnabel geht auf die Frage ein, inwieweit in der Region zusätzliche kommunale Steuern in Form von Verpackungssteuer und/oder Bettensteuer drohten. So gebe es beispielsweise in Heidelberg einen Antrag im Gemeinderat zur Einführung einer Verpackungssteuer sowie Pläne, eine Tourismusabgabe einzuführen.

c) Resilienzstudie, sonstige Parameter zur Einordnung der aktuellen wirtschaftlichen Situation

Präsident Schnabel stellt den Mitgliedern der Vollversammlung die im Auftrag der Metropolregion Rhein-Neckar (=MRN) erstellte Studie „Krisenfest und zukunftsbereit? Resilienz und Innovationsfähigkeit der Metropolregion Rhein-Neckar“ vor.

Die Studie habe zur Ermittlung der Resilienz der MRN die drei Gesichtspunkte Stabilität, Innovativität und Diversität intensiv untersucht und bewertet. Im Hinblick auf die Stabilität habe sich ein Wert von 0,79, im Hinblick auf die Diversität ein Wert von 0,71 und im Hinblick auf die Innovativität ein Wert von 0,65 ergeben. Der festgestellte Resilienzwert von 0,75 bedeute eine hohe Widerstandsfähigkeit. Allerdings gebe es im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit Verbesserungsbedarf, die Region müsse noch innovativer werden.

Er hebt hervor, dass die MRN im Hinblick auf die Indikatoren „Hochschulen inklusive Abstrahleffekte“ und „Altersquotient“ sehr gut abgeschnitten habe, dass es aber im Hinblick auf die Indikatoren „Patentaktivitäten“ und „Kommunaler Schuldenstand“ nur für eine schlechtere Bewertung gereicht habe. Dies hänge auch damit zusammen, dass die zur MRN gehörenden Pfälzer Kommunen, zum Beispiel die Stadt Ludwigshafen, einen hohen Schuldenstand aufweisen.

Präsident Schnabel erläutert die Entwicklung des von der IMD Business School Lausanne ermittelten World Competitiveness Index für Deutschland. Er legt dar, dass Deutschland von einem sechsten Platz im Jahr 2014 auf einen 24. Platz im Jahr 2024 zurückgefallen sei. Dies liege insbesondere an hohen Kosten für Energie und Lebenshaltung, einer Reformunfähigkeit

infolge von Beharrungstendenzen in Politik und Gesellschaft sowie einer hohen Steuer- und Abgabenlast. Er analysiert, inwieweit der abgeschlossene Koalitionsvertrag diese Probleme und Herausforderungen angehe und kommt diesbezüglich zu einem eher ernüchternden Fazit.

Abschließend geht Präsident Schnabel auf das neue Bundeskabinett, den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und der Arbeitskosten, die Entwicklung der Zinsen für Deutschland und die Schuldenquote wichtiger Industrieländer ein.

TOP 4 Zur internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik

Matthias Kruse, Leiter des IHK-Geschäftsbereichs International, gibt einen Überblick über die aktuellen Rahmenbedingungen für das Auslandsgeschäft der Unternehmen der Region.

Er legt dar, dass die aktuellen Rahmenbedingungen vor allem durch bereits wirkende sowie darüber hinaus drohende Zusatzzölle der USA geprägt seien. Die regionale Wirtschaft sei wegen der Bedeutung der USA als wichtiger Absatzmarkt davon direkt betroffen. Sie sei zudem indirekt betroffen, sofern die US-Zölle auf Waren aus anderen Herkunftsländern zu nennenswerten Umlenkungseffekten auf andere Märkte führen.

Herr Kruse geht auf die aktuellen Reaktionsmöglichkeiten von im US-Geschäft aktiven Unternehmen der Region Rhein-Neckar ein. Er legt dar, wie die EU als handelspolitischer Vertreter der hiesigen Unternehmen sich positionieren und reagieren könne.

Herr Kruse zeigt die Notwendigkeit auf, die Zugänge zu anderen Märkten zu verbessern, damit hiesige Unternehmen Rückgänge im US-Geschäft durch mehr Geschäft auf anderen Märkten kompensieren könnten. Dies könnten auch Drittmärkte sein, weshalb die EU dringend ihre Anstrengungen zu weiteren Freihandelsabkommen intensivieren sollte.

Herr Kruse legt dar, dass neben den USA und der V.R. China der größte Markt der EU-Binnenmarkt selbst sei. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten blieben deshalb gefordert, innergemeinschaftliche Geschäfte weiter zu erleichtern und auszubauen. Die Ende Mai vorgelegte neue EU-Binnenmarktstudie enthalte Vorschläge, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen könnten. Hierzu gehörten das Einführen der digitalen Produktkennzeichnung, der Start eines einheitlichen Meldeportals zum Melden vorübergehender grenzüberschreitender Mitarbeiter-Entsendungen und die Schaffung einer neuen Unternehmenskategorie der Small Mid-Caps (den deutschen KMUs vergleichbar), die von bürokratischen Pflichten ausgenommen werden sollten.

Herr Kruse macht deutlich, dass die in der Binnenmarktstudie enthaltenen Maßnahmen aber nicht ausreichen. Es müsste auch und vor allem auf EU-Ebene darauf verzichtet werden, für die Unternehmen neue „Dornensträucher“ zu schaffen, also neue Regulatorik, die zu neuer Bürokratiebelastung und damit höheren Kosten führt. Die EU sollte deshalb den von Bundeskanzler Merz gemachten und durch Präsident Macron unterstützten Vorschlag eines kompletten

Verzichts auf die europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) aufgreifen und tatsächlich umsetzen.

TOP 5 Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland – aus Sicht der Jungen Wirtschaft

Moritz Schäfer und Peter Kast von den Wirtschaftsjunioren Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg präsentieren 20 Forderungen der Wirtschaftsjunioren Deutschland, um die Wirtschaft zu stärken und die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Es gehe vor allem um konsequente Digitalisierung, eine Wirtschaftspolitik für alle, nachhaltiges Wirtschaften und darum, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Die neue Bundesregierung sollte in den ersten 100 Tagen ein Sofortprogramm für echten Bürokratieabbau in Kraft setzen, ein Konzept zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorlegen und Maßnahmen für bezahlbare Energie ergreifen.

Herr Schäfer und Herr Kast verweisen auf anstehende Projekte und Veranstaltungen, insbesondere auf "Edutalk" am 19. September 2025 zur Frage, inwieweit junge Menschen von der Schule erfolgreich auf das Berufsleben vorbereitet werden, und "Klartext" am 27. November 2025 zur Frage, ob es im Zuge von Reformen nicht überfällig sei, den Föderalismus zurückzudrängen und mehr auf zentralstaatliche Regelungen zu setzen.

TOP 6 IHK-Wahlperiode 2020-2025: Herausforderungen und Höhepunkte

Präsident Manfred Schnabel blickt auf besondere Herausforderungen und Höhepunkte der abgelaufenen IHK-Wahlperiode 2020-2025 zurück. Er nennt hierbei insbesondere die einschneidende und für alle Beteiligten anstrengende und herausfordernde Coronakrise in den Jahren 2020-2022. Er geht u. a. auf die Landratswahl im Neckar-Odenwald-Kreis sowie die Oberbürgermeister-Wahlen in Heidelberg und Mannheim ein. Er weist auf den Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022, das Scheitern der Ampel-Regierung, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und die Bundestagswahl im Februar 2025 hin.

Hauptgeschäftsführer Dr. Axel Nitschke belegt die Aufgabenerfüllung und die Dienstleistungen der IHK Rhein-Neckar im Zeitraum 2020-2025 mit ein paar Zahlenbeispielen. Bei den Tagen der Berufsorientierung seien 12.000 Schüler erreicht worden. 4.500 Lkw- und Gefahrgutfahrer hätten ihre Prüfung absolviert. Es seien 153.000 Ursprungszeugnisse für Exportgüter ausgestellt worden. Und im Rahmen des Innenstadtberaterprogramms seien mehr als 130 Maßnahmen erfolgreich umgesetzt worden. Herr Dr. Nitschke hebt hervor, dass die IHK Rhein-Neckar trotz dieser umfassenden Tätigkeit mit 0,12 % den niedrigsten Umlagesatz aller Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg und in der Metropolregion Rhein-Neckar aufweist.

Herr Dr. Nitschke zeigt einige Bilder, die Präsident Manfred Schnabel „in Aktion“ zeigen und bedankt sich bei Präsident Schnabel für dessen herausragendes, großartiges ehrenamtliches Engagement für die IHK Rhein-Neckar im Zeitraum 2020-2025. Aus dem Kreis der

Vollversammlungsmitglieder greift Herr Graeff dieses Lob auf und bekräftigt den Dank an den Präsidenten aus der Sicht des Ehrenamts. Die Vollversammlung spendet langanhaltenden Beifall.

Abschließend zeigt Herr Dr. Nitschke einige Highlights aus der Arbeit der Vollversammlung und bedankt sich bei allen Mitgliedern der Vollversammlung für deren Mitwirkung und Arbeit in der abgelaufenen IHK-Wahlperiode.

Er fordert alle Mitglieder der Vollversammlung auf, an der vom 16. Juni 2025 bis 18. Juli 2025 stattfindenden IHK-Wahl teilzunehmen bzw. im persönlichen und geschäftlichen Umfeld für eine Teilnahme an der IHK-Wahl zu werben.

TOP 7 Aktuelle Viertelstunde der Vollversammlung

Es gibt keine Beiträge oder Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 8 Sonstiges

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Präsident Schnabel verweist auf den IHK-Sommerempfang in Ladenburg am 9. Juli 2025 und auf die konstituierende Sitzung der dann neu gewählten IHK-Vollversammlung am 17. September 2025.

Präsident Schnabel schließt die Sitzung um 19:35 Uhr.

Manfred Schnabel
Präsident

Dr. Axel Nitschke
Hauptgeschäftsführer

Klaus Seiferlein
Protokollant

Mannheim, 12. Juni 2025
ks/Dt